

Rezensionen

Hempel, Rudolf (Hrsg.): Funksprüche an Sonja. Die Geschichte der Ruth Werner. Berlin: Neues Leben Verlags GmbH 2007, 256 Seiten, ca. 80 Abb., 16,90 €.

Eine „Geschichte der Ruth Werner“ verspricht der Herausgeber seinen Lesern im Untertitel des Buches. Es soll um die Geschichte einer „in Ost wie West erkannten und anerkannten“ Schriftstellerin gehen und an „die Frau mit der ungewöhnlichen Vita“ erinnern. Doch wer sich wirklich für Ruth Werner interessiert, kann sich die Lektüre ersparen. Das Buch will eine Schriftstellerin „würdigen“, die stets „den Weg“ der „Wahrheit“ „gegangen“ ist. Was folgt, ist nur die halbe Wahrheit, die alte Propaganda der SED und einige neue „Erklärungen“. Die Autoren schreiben nicht die Geschichte der im Osten prominenten Spionin, sondern über ihre eigenen „Heldentaten“. Ganz nach dem Motto: Die habe ich auch gekannt.

Es sind, mit wenigen Ausnahmen, vor allem alte SED-Genossen, Journalisten, frühere hauptamtliche und inoffizielle MfS-Mitarbeiter und ein „Kampfgefährte der chinesischen Revolution“. Das Buch versammelt zahlreiche Fotos, längst Geschriebenes, eine Reihe von Briefen sowie Manuskripte und alte Reden. Der Chinese Zhang Li erinnert sich an den Todestag von Ruth Werner im Jahre 2000: „Ebenso wie diese historische Epoche aufgeklärt werden wird, wie die Geschichte einer großen Anzahl von vergessenen Revolutionären an den Tag gebracht und zum wertvollen geistigen Reichtum unseres Volkes werden wird, so wird der Name Sonja, der den Menschen bis heute noch unbekannt geblieben ist, Achtung und Verehrung erfahren.“ Am Ende gar berichtet der Herausgeber über eine Veranstaltung der PDS vom Mai 2006 in Berlin-Treptow, auf

der die „Einwohner des Wohngebietes“ eine „Ruth-Werner-Promenade“ forderten.

Markus Wolf erinnert sich an Unvollendetes, an eine besondere Würdigung von Frauen im DDR-Geheimdienst durch die Herausgabe eines Traditionsheftes mit dem Titel „Frauen an unsichtbarer Front“. Der frühere HVA-Bereichsleiter Oberst Klaus Eichner, 68 Jahre alt, verweist darauf, daß die Mitglieder der Spionagegruppe um Richard Sorge mit ihren militärischen Informationen an die Rote Armee „dazu beitrugen, die Schlacht vor Moskau zu entscheiden“ und damit das „Ende der Blitzkriegsstrategie der faschistischen Wehrmacht“ einleiteten. Werner Rahn, 65 Jahre alt und ehemaliger Journalist der Wochenzeitung *Volksarmee*, widmet sich dem idealtypischen Ehepaar Ursula und Len Beurton, das sich ein Leben lang dem antifaschistischen Widerstandskampf verpflichtet hatte. Rahn begründet, warum die kommunistischen Fallschirmagenten „die zuverlässigsten“ waren, verschweigt aber, daß die meisten von ihnen den Nazis in die Hände fielen und einen sinnlosen Opfertod starben.

Die frühere Journalistin des DDR-Fernsehens und Publizistin Burga Kalinowski war beim Lesen von „Sonjas Rapport“ seinerzeit ziemlich sicher, daß Ruth Werner am „Gang der Geschichte“ teilhatte. Ruth Werners Arbeit als Antifaschistin verdiene „alle Achtung“. Kritikern des Antifaschismus wirft sie vor: „Die zweckmäßige Undifferenziertheit sowie entsprechende Verdikte in Schwarzweißmalerei erinnern fatal an SED-Traktate, die dem richtigen Denken ebenfalls sicherheitshalber auf die Sprünge helfen sollten.“ Ihnen gehe es darum, den „Legitimationsfaktor der DDR“ zu diskriminieren. Eigentlich könnte siebzehn Jahre nach dem Übergang von der zweiten deutschen Diktatur in eine Demokratie auf diesem Feld Ruhe herrschen. Doch bei Kalinowski wim-

melt es nur so von hehren Begriffen. Wer den SED-Antifaschismus kritisiere, bräuchte sich über den „virulenten Rechtsextremismus“ als „Bumerang“ in Deutschland nicht zu wundern. Unter Fachleuten ist unumstritten, daß sich die DDR einen antifaschistischen „Gründungsmythos“ schuf, um eine Legitimationsbasis für den „besseren“ der beiden deutschen Staaten zu formen. Für Kalinowski sind das „Sonntagsreden“. Für die stalinistische KPD verlangt Kalinowski nachträglich „ein wenig Achtung“ und Respekt, „so wie man auch jenen Widerständigen“ des 20. Juli 1944 „Respekt zollt“. Einen andersartigen antifaschistischen Widerstand, etwa einen sozialdemokratischen, jüdischen oder christlichen, gibt es für Kalinowski ganz offensichtlich nicht. In der SED-Ideologie verschwand das alles hinter dem von Kommunisten bestimmten antifaschistischen Widerstand. Bei Kalinowski funktioniert dieses Denksystem noch immer.

Bei Hermann Kant ohnehin. Er erinnert an „Ruth und Len“ und nutzt das, um eine offene Rechnung mit „Herrn Weidermann“ von der FAZ zu begleichen. Über den Hintergrund erfährt der Leser wenig. Gleichwohl muß es ihm dieser „Herr Weidermann“ angetan haben. Da kann auch schon mal aus dem Café Einstein ein „Café Weinstein“ werden und aus dem „damaligen ADN-Haus“, dem späteren Sitz der *Neuen Zeit* in der Berliner Mitte, ein „ADN/FAZ-Quartier“. Kant bedauert sehr, „Herrn Weidermann“ nicht getroffen zu haben, „denn während ich ihm dort von Len Beurton bei ADN erzählt hätte, wäre vielleicht gerade besuchsweise Herr Schirmmacher von der wochentäglichen FAZ vorbeigekommen, um mich [...] zu fragen, ob ich [...] nicht eine Glosse für sein Blatt aus dem eben genannten Vorkommnis machen wolle“. Das hätte Kant bestimmt gerne gehabt, weil es bisweilen seinem früheren Intimus, dem ehemaligen Kulturchef des

Neuen Deutschland gelingt, in der FAZ gedruckt zu werden. Was das mit Ruth Werner zu tun hat? Nichts. Zu ihr fällt ihm nur ein mageres Resümee ein: „Wir waren beide Schriftsteller und Freunde genug, um mit Grimmen oder Vergnügen alles zu bereden, was uns nach der Ansicht anderer überhaupt nichts anging.“ Wohl auch, daß die FAZ vom „belletristischen CEuvre der Schriftstellerin Werner“ nichts wissen wollte.

Werner Liersch, 75 Jahre alt, in der DDR Verlagslektor und stellvertretender Chefredakteur der Zeitschrift *Neue Deutsche Literatur*, nach der Wende Chefredakteur derselbigen Zeitschrift sowie Gründungsmitglied und Vorsitzender des Hans-Fallada-Forums (1991–1993), zieht Parallelen zwischen Ruth Werner und Hans Fallada. In dem mecklenburgischen Fischerdorf Carwitz, dem „Fallada-Dorf“, verwandelte sich Ursula Beurton während des Sommerurlaubs in Ruth Werner und begann Bücher zu schreiben. „Zum Ritual der Beurtons gehörte es, morgens mit dem Boot auf einen der Seen hinauszufahren und erst am Abend zurückzukehren. Die Urlauberin nimmt jetzt ein besonderes Zubehör mit, einen Liegestuhl und eine Schreibmaschine. An irgendeiner Stelle läßt sie sich am Ufer absetzen. Sie bevorzugt die Halbinsel Bohnenwerder mit ihrem äußersten Ende. Dort sitzt sie zwischen Schafen und schreibt.“

Die Erinnerungen ihrer Kinder Michael Hamburger, Janina Blankenfeld und Peter Beurton fallen sehr unterschiedlich aus. Hamburger beschreibt in seinem Beitrag recht distanziert das Leben seiner Eltern zwischen Höhepunkten und Niederlagen und schließlich das Scheitern der Ehe aus der Perspektive seines Vaters Rudolf. Der habe mit der „unbedingten Parteidisziplin“ und Selbstgerechtigkeit seiner Frau, ihrer Leidenschaft für politische Kämpfe und Klassenkampftheorien immer weniger anfangen können. Sein „ungefestigtes Denken“, so Ruth

Werners Urteil, trübte schließlich „das häusliche Glück“. Hamburger ist sich sicher, daß sein Vater die Ehe retten wollte. Doch seine Mutter „suchte sich neue Aufgaben“. Sie verließ ihn und „ging in ein anderes Land“. Janina Blankenfeld erfuhr erst vierzig Jahre später, daß ihre Mutter als „Kundschafterin für die Sowjetunion“ gearbeitet hatte. Daß sich ihre Mutter nicht scheute, ihre eigenen Kinder zu täuschen, erklärt die frühere DDR-Lehrerin so: „Vielleicht ist es schwer, sich vorzustellen, daß jemand so lange und sogar vor den liebsten Menschen schweigen oder manchmal auch schwindeln muß. Aber wenn man weiß, daß man schon durch ein Wort andere und sich selbst in Lebensgefahr bringen kann, dann ist es zu verstehen.“ Der jüngste Sohn Peter Beurton käme nie „auf die Idee, ihr [daraus] einen Vorwurf zu machen“. Vielmehr bewundert er seine Mutter dafür, daß sie es während der konspirativen Einsätze „gleichzeitig vermocht hat, eine Familie zu gründen und Kinder großzuziehen“. Schließlich kommt noch Ruth Werners Bruder Jürgen Kuczynski zu Wort mit einem Auszug aus seinem *Dialog mit meinem Urenkel*: „Ursula als Älteste stand mir stets sehr nahe [...]. Sie ist auch als einzige von uns ein wirklich ungewöhnlicher Mensch geworden.“

Über das eigentliche Spionagehandwerk Ruth Werners erfährt der Leser nur das, was bereits bekannt ist. Es ist die Legende von einer „Kundschafterin des Friedens“, einer „selbstbewußten wie lebensfrohen attraktiven Frau und Mutter aus gutbürgerlichem jüdischem Haus kommunistischer Gesinnung“ mit zwei Ehemännern, drei Kindern, konspirativen Treffen, nächtlichen Morsen, toten Briefkästen und den späteren Versuchen als regimetreue Schriftstellerin, die zu allem Unglück in ihren alten Tagen die „Annexion“ der DDR durch die Bundesrepublik noch erleben mußte.

Ihr Leben war keineswegs so uninteressant wie das vorliegende Buch. Geboren

1907 als Ursula Kuczynski, aufgewachsen im Familienwohnsitz in einer Villa am Berliner Schlachtensee, bereits als Siebzehnjährige Beitritt zum Kommunistischen Jugendverband, zwei Jahre später zur KPD. Ihre Begeisterung für die Umgestaltung in Rußland und ihre Erfahrungen in China, wo sie seit 1930 lebte, ließen sie zur Mitarbeiterin des sowjetischen Geheimdienstes werden: Deckname „Sonja“, Oberst der Roten Armee. Als Agentin – zeitweise zusammen mit Richard Sorge – arbeitete sie dort in den dreißiger Jahren, danach auch in Polen, in der Schweiz und in ihrem Exilland England für die sowjetische Aufklärung. Besonders ihre Zusammenarbeit mit dem aus Deutschland stammenden Physiker Klaus Fuchs war für das sowjetische Militär von großer Bedeutung. Der nach England emigrierte Atomwissenschaftler hatte in den vierziger Jahren die Pläne der USA und der Briten zum Bau der Atombombe verraten. Ruth Werner übermittelte seine Notizen und Formeln per Funk und per Kurier in die Sowjetunion, zuverlässig und vom britischen MI5 unentdeckt. Skrupel gegenüber ihrem Gastland, damals immerhin mit der Sowjetunion gegen Nazideutschland verbündet, hatte sie nicht. Während in Moskau Ende der dreißiger Jahre viele ihrer früheren Genossen umgebracht wurden, verlieh Kalinin (1938) Ruth Werner den sowjetischen Rotbannerorden. Von den stalinistischen Verbrechen habe sie nichts gewußt, weil sie „für den Sieg des sowjetischen Volkes über den faschistischen Aggressor“ arbeiten mußte, sagte sie 2003 in einem Interview mit dem *Neuen Deutschland*. Gleich nach ihrer Rückkehr in die DDR stellte sie sich 1950 für den Aufbau der DDR-Geheimpolizei zur Verfügung. Später diente sie dem MfS als Zeitzeugin in der „Traditionsarbeit“ und in der militärischen Ausbildung. In einer Vielzahl von MfS-Schulungsmaterialien sind ihre „reichen Erfahrungen“ überliefert. Ruth

Werner erteilte jungen MfS-Offizieren Auskunft über ihre Agententätigkeit. In Interviews beantwortete sie Fragen zu ihren Motiven, sprach über die „Rolle von Verrätern“ in den eigenen Reihen und äußerte sich zur klassenbewußten Erziehung der Kinder. Die SED ehrte sie mit vielen Orden, unter anderem mit dem Karl-Marx-Orden im Jahre 1977 sowie 1982 mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Gold. Gregor Gysi berief Ruth Werner 1990 in den „Rat der Alten“ der PDS. Für solche Art Alte ist offenbar auch das vorliegende Buch gedacht.

Angela Schmole

Wentker, Hermann: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989. Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 72. Hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte. München: R. Oldenbourg Verlag 2007, IX + 612 Seiten, 49,80 €.

Scherstjanoi, Elke: SED-Agrarpolitik unter sowjetischer Kontrolle. Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 70. Hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte. München: R. Oldenbourg Verlag 2007, VII + 648 Seiten, incl. CD-ROM, 69,80 €.

Alexander Bogomolow, Dolmetscher von Armeegeneral Tschuikow (von 1949 bis 1953 Chef der Sowjetischen Kontrollkommission), erzählt in seinen Memoiren eine Reihe von Anekdoten, die plastisch das Verhältnis von sowjetischer Besatzungsmacht und ostdeutscher Regierung schildern. Eine stammt aus dem Jahr 1952. Bogomolow muß Tschuikow ins Städtchen nach Pankow begleiten. Dort wohnen abgeschirmt und eingezäunt die SED-Machthaber. Tschuikow will zu ZK-Mitglied Willi Stoph. Sie kennen sich persönlich aus der Zeit nach 1945. Stoph war damals Leiter einer Einsatzgruppe, die in den Westzonen für die Be-

satzungsmacht illegal Aufträge ausführte. „Stoph betete Tschuikow an.“ In Pankow werden Tschuikow und sein Dolmetscher von Stophs festlich herausgeputzter Familie begrüßt. Die Männer ziehen sich anschließend zurück und trinken den vom Hausherrn bereitgestellten Wodka. Nach dem fünften „russischen“ Glas erlaubt sich der Dolmetscher, seinen Armeegeneral darauf hinzuweisen, daß er etwas Dienstliches besprechen wollte. Er selbst könne bald nicht mehr übersetzen. Tschuikow sieht ihn streng an und sagt lächelnd an Stoph gewandt: „Genosse Stoph, bei uns ist der Beschluß gefaßt worden, Sie als Innenminister der DDR einzusetzen.“ Stoph nimmt Haltung an und antwortet: „Jawohl.“ Die Inthronisierung war damit beendet.

Diese Anekdote ist aufschlußreich, weil sie knapp und anschaulich darlegt, wer Anfang der fünfziger Jahre in der DDR die Macht und damit das Sagen hatte. Wenn nur eine eingeschränkte souveräne Innenpolitik der SED möglich war, inwiefern kann dann überhaupt von einer eigenständigen Außenpolitik gesprochen werden? Sowohl Hermann Wentker als auch Elke Scherstjanoi widmen sich in ihren umfänglichen Studien dieser relevanten Frage nach den konkreten Handlungsspielräumen der SED. Die Untersuchungsgegenstände sind dabei sehr verschieden. Während Scherstjanois Studie über die Umwandlung der ostdeutschen Landwirtschaft einen relativ engen Zeitraum (1949–1953) umfaßt, bezieht sich die Untersuchung von Wentker, welche die Außenpolitik in ihrer Breite in den Blick nimmt, auf die gesamte Existenzdauer der DDR. Erstere will klären, welche Handlungsoptionen von der Sowjetunion und welche von den SED-Funktionären entwickelt wurden und welche sich tatsächlich durchgesetzt haben. Damit geht sie an einem ausgewählten Politikfeld den realen Machtbeziehungen zwischen ostdeutschen und sowjetischen Befehlshabern nach. Im Zen-

trum der Wentker-Studie dagegen stehen die außenpolitischen Handlungsspielräume der SED-Führung und die Frage, inwiefern die DDR-Außenpolitik lediglich verlängerte Innenpolitik war. Somit greifen beide Studien für das Verständnis der DDR zentrale Themen- und Fragekomplexe auf, die zwar vielfach diskutiert, aber bislang noch nicht ausreichend erforscht und beantwortet worden sind.

Hermann Wentkers Arbeit ist klassisch konventionell zu nennen. Aufbau und Struktur entsprechen vielen älteren historiographischen Studien zur Geschichte der Außenpolitik: Institutionen, Apparate und Einzelpersonen werden systematisch gegliedert abgehandelt, genauso wie die einzelnen Felder der Außenpolitik mehr nebeneinander als im Zusammenhang beleuchtet werden. Die Zäsuren orientieren sich an bekannten Ereignissen (1949, 1955, 1961, 1969, 1972, 1973, 1981, 1989), was vielleicht nicht sonderlich originell ist, aber die Handhabung des Buches ungemein erleichtert. Man findet sich in dem Band, dem leider ein Orts-, Länder- und Schlagwortregister fehlt, aufgrund der übersichtlichen Gliederung dennoch gut zurecht. Wir haben es mit einer Studie zu tun, die in vielem einem Handbuch ähnelt.

Das gilt auch für die Art der Darstellung. Wentker behandelt alle Aspekte der DDR-Außenpolitik ausgewogen und nüchtern. Im Zentrum stehen dabei die Beziehungen zur UdSSR und zur Bundesrepublik. Weniger umfassend stellt Wentker auch die DDR-Politik gegenüber der ČSSR und Polen dar, gefolgt von noch deutlich kürzeren Ausführungen zur Außenpolitik gegenüber Westeuropa, Afrika, Asien und Lateinamerika. Diese ungleiche Gewichtung hängt ganz unmittelbar mit den Handlungsspielräumen der SED-Führung zusammen. Einerseits blieb die DDR bis zu ihrem Untergang in vielerlei Hinsicht abhängig von Moskau. Eine eigenständige Außenpolitik war bis Anfang der siebziger Jahre

fast gar nicht, danach nur sehr begrenzt möglich. Honeckers Versuche, diese zu etablieren, blieben schon deswegen zaghaf, weil es ohnehin kaum ernsthafte Diskrepanzen zur außenpolitischen Haltung und Praxis Moskaus gab. Auch die vorsichtigen Emanzipationsbestrebungen in der Spätphase der Breschnew-Ära blieben ähnlich folgenlos wie die außenpolitischen Differenzen mit Gorbatschow, die im Gegensatz zur Innenpolitik kaum ins Gewicht fielen. Andererseits war die SED-Politik so stark auf die Bundesrepublik fixiert, daß DDR-Außenpolitik auch dann oft Deutschlandpolitik bedeutete, wenn sie sich auf Afrika oder Asien bezog. Und für die SED-Deutschlandpolitik benötigte Ost-Berlin jederzeit Moskaus Rückendeckung, so daß die starke Konzentration des Buches auf Moskau und Bonn nicht nur überzeugt, sondern letztlich dem Untersuchungsgegenstand geschuldet ist.

Allerdings wäre es unangebracht, Hermann Wentkers Arbeit bescheinigen zu wollen, sie würde die DDR-Außenpolitik erschöpfend abhandeln. Wentker zeigt in seinen einleitenden Bemerkungen, daß die DDR-Außenpolitik in den letzten Jahren nicht zu den zentralen Gegenständen der DDR-Forschung zählte. Mittlerweile lägen zwar viele Analysen, Editionen und Erinnerungen vor, die von vielen noch immer nützlichen bundesdeutschen Publikationen von vor 1989 ergänzt würden, aber zugleich gebe es doch weiterhin etliche Forschungslücken, die es künftig zu schließen gelte. Wentkers Ziel besteht nun aber gerade nicht darin, in seiner Synthese auch einige dieser Desiderata abzubauen. Vielmehr basiert sein Buch fast ausschließlich auf bereits zugänglichen Veröffentlichungen und publizierten Quellen. Das ist durchaus legitim. Nur vergibt der Autor dadurch die Möglichkeit, mit neuen Informationen auch den Forschungs- und Erkenntnisstand voranzubringen. Mag man dies noch akzeptieren können, so erscheint

Wentkers Umgang mit den Publikationen einstiger SED- und DDR-Außenpolitiker, die ja nicht selten eher Erinnerungsliteratur als Analyseschriften darstellen, häufig zu unkritisch. Immerhin gibt es mittlerweile Zugang zu Akten des DDR-Außenministeriums, insofern sie sich auf den Zeitraum bis 1977 beziehen, und auch die SED-Akten liegen offen, was der Autor aber fast gar nicht nutzt. So übernimmt er Wertungen und Behauptungen aus der Literatur, die entweder von früheren DDR-Diplomaten stammen oder deren Quellenbasis ungeklärt ist. Man hätte sich gewünscht, daß Wentker hin und wieder die berühmte zweite Quelle gesucht oder wenigstens vorsichtiger formuliert hätte. Für die behaupteten Zweifel Honeckers an der Afghanistan-Invasion etwa wünschte man sich ebenso bessere Belege wie für seine von DDR-Botschafter Egon Winkelmann notierte interne Aussage 1981 in bezug auf Moskau: „Die DDR ist kein Faustpfand. Sie ist ein unabhängiger Staat. Solange keine Union der sozialistischen Staaten besteht, bestimmen wir unsere Politik selbst. Geht es in Abstimmung mit ihnen, ist es gut; geht es nicht, machen wir es ohne sie.“ Honecker ist ja durchaus ein solches Selbstbewußtsein zuzutrauen. Die Frage ist nur, ob das, was Honecker tatsächlich sagte und das, was der neue Moskau-Botschafter hörte, aufschrieb und später publizierte, identisch ist. Dies ist nur ein Beispiel dafür, daß ein sorgfältigerer Umgang mit Quellen angebracht und der darstellerische Konjunktiv oft ratsamer gewesen wären.

Eine weitere Schwäche der Arbeit ist, daß modernere Fragestellungen und Themen, die über den Apparat und sein Agieren hinausweisen, stark unterbelichtet sind. So bleibt es zum Beispiel bei einer eher blassen Beschreibung der auswärtigen Kulturpolitik. Auch die für die DDR so zentrale Säule Sportpolitik („Diplomaten in Trainingsanzügen“) kommt nicht vor, und die Militärpolitik

führt ein Schattendasein. Besonders bedauerndswert ist schließlich, daß der gesamte Bereich der „Westarbeit“ von seiten der SED, des FDGB, der FDJ oder des MfS lediglich partiell angesprochen, aber nirgends systematisch analysiert wird. Das ist erstaunlich, weil sich gerade auf diesem Sektor die SED-Politik als Deutschland- und Außenpolitik stärker entfalten konnte als im offiziellen Rahmen des Außenministeriums.

Weil sie den Forschungsstand jedoch so gut zusammenfaßt und gewichtet, ist Wentkers Studie inzwischen zum Referenzwerk über die Geschichte der DDR-Außenpolitik geworden. Man möchte jedoch hoffen, daß es nicht dabei bleibt. Die Untersuchung schlägt selbst kaum neue Schneisen und verharrt zu stark auf den Feldern einer konventionellen Diplomatiegeschichte, womit das breite Spektrum der Außenpolitik nicht ausreichend erfaßt werden kann. Eine Synthese des Forschungsstandes sowie der vorliegenden Erinnerungsliteratur, so gelangen sie auch sein mag, spiegelt eben zwangsläufig auch deren Lücken und Mängel wider.

Die Untersuchung von Elke Scherstjanoi ist schon von ihrer Anlage her von einem ganz anderen Zuschnitt. Könnte man sich Wentkers Buch in einer gestrafften und pointierteren Fassung auch in einem Publikumsverlag gut vorstellen, hat die Studie von Scherstjanoi in der Reihe „Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte“ des Instituts für Zeitgeschichte ihren richtigen Platz gefunden. Sie basiert auf russischen und deutschen Quellen und verarbeitet eindrücklich die Forschungsliteratur, auch wenn kritisch anzumerken ist, daß Jens Schönes wichtige neue Studie *Frühling auf dem Lande?* nicht berücksichtigt worden ist. Scherstjanois Buch entfaltet vor des Lesers Augen auch scheinbare Nebensächlichkeiten in epischer Breite, gehört sprachlich vielleicht nicht gerade zur ganz leichten Kost

und hat eher die Fachexperten und -diskussionen als Adressaten im Blick.

Elke Scherstjanoi konzentriert sich zwar in ihrer Darstellung auf die Umgestaltung der ostdeutschen Landwirtschaft zwischen 1949 und 1953, aber ihr Erkenntnisinteresse geht weit darüber hinaus. Anhand eines spezifischen Untersuchungsgegenstandes diskutiert sie das Verhältnis zwischen sowjetischer Besatzungsmacht und ostdeutschen Funktionären. Ihre Analyse ist anregend und originär. Sie unterscheidet sich von herkömmlichen Interpretationen der Herrschafts- und Machtstrukturen in der DDR, die häufig als linear gedacht werden, mit der sowjetischen Besatzungsmacht als oberster Macht- und Entscheidungsinstanz. Vielmehr zeigt die Autorin anhand der Landwirtschaftspolitik, daß es sowohl innerhalb des sowjetischen als auch des ostdeutschen Machtapparates divergierende Interessen und Vorstellungen gab, die miteinander konkurrierten. Darüber hinaus kann sie an vielen Stellen nachweisen, was noch überraschender sein dürfte, daß eben gerade nicht feststand, wessen politischen Handlungskonzeptionen sich am Ende durchsetzten. Insofern bietet Scherstjanoi eine Perspektive auf die frühe DDR, die es zu debattieren gilt und die auch für andere Politikbereiche empirisch geprüft werden sollte.

Elke Scherstjanoi beweist mit ihrem Buch eine stupende Quellenkenntnis, die deutsche wie russische Archive gleichermaßen umfaßt. Weniger überzeugend ist ihr Umgang mit der Literatur. Teilweise erhebt sie Publikationen zweifelhafter Provenienz zur Quelle, teilweise stützt sie sich unkritisch auf Veröffentlichungen, die ideologische Funktionen hatten, und durchweg favorisiert die Arbeit Autoren, die Scherstjanois politische Sozialisation teilen. Das entwertet nicht ihre empirische Leistung, stellt aber so manches Urteil in Frage.

Der Umgang mit den Quellen scheint am ehesten als „positivistisch“ charakteri-

sierbar. Die Ideologie der Kommunisten spricht Scherstjanoi zwar zuweilen an, aber analytisch hinterläßt das keine Spuren. Die Autorin versucht dies mit einer „blutarmen“ Darstellung zu kompensieren. Die Adressaten der vielgliedrigen und widersprüchlichen Landwirtschaftspolitik kommen als handelnde Subjekte kaum vor. Bäuerliche Flucht wird zwar erwähnt, in den meisten Fällen wird ein politischer Hintergrund jedoch abgesprochen. Brachliegende Anbauflächen werden als volkswirtschaftlich unbedeutend interpretiert. Sogwirkungen kommen überhaupt nicht zur Sprache. Die Klassentheorie der Leninisten wird, wenn auch kodiert, beim Umgang mit dem historischen Material zur Interpretationsklammer. Der 17. Juni wird statistisch verarbeitet und als bürokratisch verursachtes Ereignis abgehandelt.

Man merkt der Studie durchaus an, daß die Autorin mit ihrem Gegenstand haderete. Oft genug stehen ihren Forschungserkenntnissen ihre vorwissenschaftlichen Annahmen im Wege. Und auch umgekehrt schlägt immer wieder zu Buche, daß die vorgetragenen Annahmen empirisch nicht beweisbar sind. Insofern haben wir es mit einer Untersuchung zu tun, die ihr Daten- und Quellenmaterial eindrucksvoll vorstellt und der es gelingt, ein oftmals zu einfach skizziertes Machtverhältnis in seiner realen Kompliziertheit zu analysieren. Zugleich ist die Interpretation stark von der Perspektive der Herrschenden geprägt, statt sie zu brechen und die Perspektive der Objekte dieser Politik zu spiegeln. Nicht zuletzt die Sprache der Autorin reproduziert an vielen Stellen diesen Herrschaftsblick.

Dennoch sind beide Bücher nicht nur ihres Umfangs wegen als gewichtig zu bezeichnen. Hermann Wentkers Buch dürfte sich für längere Zeit als unverzichtbares Nachschlagewerk erweisen. Zugleich zeigt es an, welche offenen Forschungsfragen noch bearbeitet werden müssen. Elke Scherstjanois Studie

hat empirisch eindringlich wie kaum eine Untersuchung zuvor das ambivalente Verhältnis zwischen sowjetischer Besatzungsmacht und ostdeutschen Funktionären und Apparaten auf einem ganz konkreten Politikfeld analysiert. Sie hat dabei ein dichtes Beziehungsnetz rekonstruiert. Ihre Arbeit macht deutlich, daß es wohl noch lange wissenschaftlich lohnend sein wird, sich mit dieser Beziehungs- und Herrschaftsgeschichte zu beschäftigen. Auf die Ergebnisse dieser Arbeiten dürfen wir gespannt sein.

Ilko-Sascha Kowalczyk

Lemke, Dietrich: Handel & Wandel. Lebenserinnerungen eines DDR-Außenhändlers 1952–1995, 2 Bände. Zeuthen: Selbstverlag Dietrich Lemke 2007, 3. Auflage (Originalfassung 2004), 1 402 Seiten, 34,80 €.

Ein Einlegeblatt im Format DIN-A-6 informiert den Leser darüber, daß dieses Buchprojekt durch eine Spende von Gazprom Germania großzügig unterstützt wurde.

Die Karriere des Autors begann 1952 mit einer Lehre als Industriekaufmann im VEB Carl Zeiss Jena und endete 1995 als Berater im Bundesministerium für Wirtschaft. Höhepunkt waren die Jahre 1981 bis April 1990, in denen er Stellvertreter des Ministers für Außenhandel der DDR war. Allerdings hatte dieser neun Stellvertreter (darunter einen Generalmajor), denen der Staatssekretär und 1. Stellvertreter des Ministers und zwei Staatssekretäre übergeordnet waren.

Der 1933 geborene Lemke ist in der volkseigenen Wirtschaft der DDR aufgestiegen, obwohl er aus einem bürgerlichen Elternhaus stammte und erst im Alter von 29 Jahren SED-Mitglied wurde. Aber er wurde frühzeitig Funktionär der FDJ und schloß sein Studium an der Hochschule für Außenhandel mit der Bestnote ab. Er lernte dort Spanisch, weshalb er 1960 einer der ersten Wirt-

schaftsfunktionäre war, die zu Verhandlungen in das Kuba Fidel Castros geschickt wurden. Nach einer siebenjährigen Tätigkeit als Verkäufer, später Direktor in der Deutschen Export- und Importgesellschaft Feinmechanik-Optik, die mit häufigen Reisen in das östliche und westliche Ausland verbunden war, war er drei Jahre lang Handelsattaché an der DDR-Botschaft in Havanna. Die dort tätigen Vertriebskräfte der Außenhandels- und Industrieunternehmen der DDR mußten als Sektionen der Handelspolitischen Abteilung der Botschaft geführt werden. Ihre Mitarbeiter hätten sonst nicht in den Diplomatenläden einkaufen dürfen, „was eine Überlebensfrage war angesichts der Tatsache, daß es in ganz Kuba keinen nichtkontingentierten Lebensmittelverkauf und kein Benzin ohne Bezugsmarken gab“. Lemke bewundert die stundenlangen Reden Castros, seine Willkürherrschaft, seine „abenteuerliche“ Wirtschaftspolitik und die von ihr verursachte miserable Versorgungslage werden von ihm eindrucksvoll beschrieben, aber nicht ausreichend hinterfragt. Die Schilderung der Spannungen zwischen Kuba und der DDR (der DDR-Botschafter wurde von Castro in den Jahren 1966 bis 1968 nicht empfangen, drei Botschaftsangehörige wurden beschuldigt, mit einer „verräterischen Fraktion“ innerhalb der Führung der Kommunistischen Partei Kubas in Verbindung gestanden zu haben) und den übrigen Staaten des Warschauer Paktes gehört zu den interessantesten Abschnitten dieses Buches. Auch danach blieben die Wirtschaftsverhandlungen mit den anmaßenden Kubanern schwierig.

In dem Kapitel über seine Tätigkeit als Direktionsbereichsleiter (vergleichbar einem Unterabteilungsleiter) im Ministerium für Außenhandel (1969–1980) beschreibt Lemke den Tauschhandel zwischen sozialistischen Ländern, bei dem es vor allem darauf ankam, mit den Waren, die das eigene Land hergab, genau

die Waren hereinzuholen, die es nicht selbst hatte. In den Clearing-Vereinbarungen auf der Basis des sowjetischen Rubels oder einer anderen sozialistischen Währung mußte diese Verrechnungswahrung aus den in Dollar, Pfund oder Schweizer Franken angegebenen Weltmarktpreisen abgeleitet werden. Den bilateral abzuschließenden „Jahreshandelsabkommen“ mit den sozialistischen Ländern gingen langwierige Verhandlungen voraus, über die im Buch ausfuhrlieh berichtet wird.

Nach dem Besuch eines Lehrgangs an der Parteihochschule Karl Marx (1979–1980) wurde Lemke durch Beschluß des Sekretariats des ZK vom 3. Februar 1981 Stellvertreter des Ministers mit Zuständigkeit für die sozialistischen Länder II (Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Kuba, Albanien und Jugoslawien). Er weist darauf hin, daß die Handelspolitik der Parteiführung, der Regierung und der Staatlichen Plankommission oblag und daß der Handlungsspielraum der Auenhandler begrenzt war, da die Mengen des Exports und Imports bedeutender Erzeugnisse zwingend vorgeschrieben waren. Lemke schildert, wie der Ministerratsvorsitzende Stoph im Machtkampf gegen den Wirtschaftssekretar Mittag unterlag, auf den sich Honecker stützte. Im Auenhandelsministerium hatte der Staatssekretär und 1. Stellvertreter des Ministers, Beil, der seit 1977 Mitglied des Ministerrats war, einen exklusiven Zugang zu Mittag. Er löste schließlich 1986 Minister Sölle ab, der Vertreter der DDR beim Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe wurde. Mittag war der Wirtschaftsdiktator der DDR, der Honeckers „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, die das Wirtschaftssystem malos überforderte, rücksichtslos durchsetzte. In Lemkes umfassenden Ausführen über die Leipziger Messe wird er treffend charakterisiert.

Eine der größten Herausforderungen für Lemke waren Polens Lieferausfälle wäh-

rend der Krise der Jahre 1980/82 und während des extrem kalten Winters 1985. Seine außen- und sicherheitspolitischen Ausführen geben die damalige Sicht der DDR wieder. Kein Wort verliert er darüber, daß die Stationierung der von ihm als Erstschlagswaffen bezeichneten Pershing II und Marschflugkorper die Antwort auf die Bedrohung Westeuropas durch die sowjetische SS 20 war.

Wie er den Sturz Honeckers und die Auflösung der Einheit von Partei und Staat erlebte, schildert der Verfasser auf zweieinhalb Seiten. Die friedliche Revolution versieht er mit dem Attribut „sogenannte“. Welche Auswirkungen der Umsturz auf die sozialistischen Staaten hatte, illustrierte die 45. Tagung des RGW im Januar 1990 in Sofia: Der sowjetische Ministerpräsident Ryschkow forderte die völlige Umstellung des Warenaustauschs auf Zahlungen in konvertierbaren Devisen. Damals trat Lemke aus der SED-PDS aus. Der Regierung de Maizière gehörte er als Unterabteilungsleiter im Wirtschaftsministerium an. Als einzigen großen Fehler bezeichnet er, daß er damals im Staatsdienst geblieben sei. Daß es zur Einführung der D-Mark in der DDR keine Alternative gab, gibt er zu. Die damals von der Bundesregierung gemachten Fehler hätten nach seiner Meinung zum Teil vermieden werden können, wenn im Mai 1990 eine gemeinsame Klausurtagung mit den erfahrensten Volks- und Auenwirten der DDR einberufen worden wäre, deren Aufgabe es gewesen wäre, Entscheidungsvorschläge auszuarbeiten. Die Beamten des Bundeswirtschaftsministeriums (BMW), mit denen er damals zu tun hatte, bezeichnete er als eher freundlich, keinesfalls beleidigend.

Nach der Wiedervereinigung erhielt der Verfasser einen Beratervertrag im BMW, was mit vielen Auslandsreisen und Begegnungen mit ausländischen Delegationen verbunden war. Zu seinen wichtigsten Aufgaben gehörte die Zuar-

beit für den Interministeriellen Ausschuß, der über Hermes-Garantien und -Bürgschaften für den Export ostdeutscher Betriebe in die Nachfolgestaaten der Sowjetunion entschied. Im März 1995 mußte er sich einer aortokoronaren Bypass-Operation unterziehen. Im Dezember dieses Jahres schied er aus dem BMWi aus, verbittert darüber, daß die Bevorzugung der neuen Bundesländer offensichtlich aufgegeben wurde. Dieser Darstellung sind Zitate aus Anerkennungsschreiben, die er damals erhalten hat, beigefügt. Er schließt sein Buch mit einem Zitat aus Margaret Mitchells Roman *Vom Winde verweht* über das Schicksal der Südstaatler nach dem amerikanischen Bürgerkrieg.

Der voluminöse Umfang dieses Werkes ist der unerschöpflichen Charakterisierung von Freunden, Kollegen, Vorgesetzten, Untergebenen und Geschäftspartnern geschuldet, die den Autor auf seinem Lebensweg zeitweilig begleitet haben. Auch andere Personen, mit denen er zusammentraf, darunter zahlreiche ausländische Partei- und Staatsführer, werden ausführlich gewürdigt. Das Buch handelt zudem von Bühnenwerken, die er in Ost-Berlin besuchte, und von Sehenswürdigkeiten, die er auf seinen ausführlich beschriebenen Auslandsreisen besichtigte. Lemkes fotografisches Gedächtnis verdient Respekt. Viele Nebensächlichkeiten werden da untergebracht und wiedergegeben, selbst voreheliche Amouren, der Besuch von Amüsiervierteln, die Speisen und Getränken bei offiziellen Essen und die Witze, die dort erzählt wurden. Sympathisch ist die Schilderung seines glücklichen Familienlebens mit Frau und zwei Kindern, die illustriert, wie niedrig der Lebensstandard eines Kadets war, der immerhin schon Leitungsfunktionen ausübte. Ein Auto konnte er sich erst im Alter von 36 Jahren mit dem während seines Kuba-Aufenthalts Ersparten kaufen. In der DDR konnte er sich bis dahin einen Urlaub in einem Ho-

tel nicht leisten. Für eine Ferienanlage des FDGB war sein Einkommen zu hoch, für in eine andere Anlage oder gar Ferien im sozialistischen Ausland reichte es dagegen nicht. Eine fundierte Auseinandersetzung mit dem politischen und wirtschaftlichen System der DDR sucht man in diesen zwei Bänden vergeblich. Über sein politisches Credo schreibt Lemke, er habe vor 1989 die demokratische Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft herbeigesehnt, aber er gedachte sie nicht „vermittels der freien Marktwirtschaft zu zerstören“. Doch „die Quadratur des Kreises konnte nicht gelingen“.

Otto Wenzel

Hebstreit, Richard: Grenzsoldat. Zella-Mehlis: Ronald Hande Verlag 2007, 176 Seiten, 11,90 €.

Einen erfrischend kontrastreichen und aufrichtigen Erlebnisbericht bietet Richard Hebstreit, der als junger Mann Mitte der sechziger Jahre unfreiwillig an der Berliner Mauer Grenzdienst „geschoben“ hat. Hebstreit schafft es in den siebzehn Kapiteln seines Büchleins, den Alltag, die Nöte und die Leiden eines DDR-Grenzsoldaten nachvollziehbar zu machen. Und das ohne Häme, ohne Haß, ohne Drang zur Selbstgeißelung und doch mit einer Position, die das Grenz- sowie das dahinterstehende Gesellschaftssystem auf eine frappierende Weise entlarvt und bloßstellt.

Der Mann erzählt einfach, was er erlebt hat, läßt uns teilhaben an seinen damaligen Gedanken. Mit ungekünstelter Sprache führt er uns ein in die Welt der Mauerwächter. Und das mit einem überraschenden Effekt: nicht Mitleid erheischend, doch Verständnis bewirkend. Wie ging es denen, die bei Wind und Wetter an dieser Mauer standen, mit dem Befehl zum Schießen im geistigen Tornister und mit ihrem gesunden Menschenverstand als Bollwerk dagegen?

Hier hat sich jemand gegen das Vergessen der anderen das aus der Erinnerung geschrieben, was er wert hält, erinnert zu werden. Es ist ein Bericht von unten, von den Menschen hinter dem Abzug. Von denen, die – kaum dem Jugendalter entwachsen – dazu ausgewählt wurden, an anderen die Todesstrafe zu vollstrecken, für ein Verbrechen, das gar keines war.

Hebstreits Erinnerungen des Wachalltags an der Mauer setzen den Rechtfertigungsversuchen ehemaliger Verantwortlicher und Schreibtischtäter die Kraft des Erlebten entgegen, die Glaubwürdigkeit dessen, der dabei war, ohne ein Bestandteil des Ganzen werden zu wollen. Viele dieser Geschichten sind nicht neu, sie sind universaler Bodensatz der Erfahrungen jeglichen militärischen Dienstes, zumal dem in der NVA. Die Kluft zwischen Vorgesetzten und Untergebenen in der „Volksarmee“, der Widerspruch zwischen der „sozialistischen Menschengemeinschaft“ und dem preußischen Kasernenhofdrill, menschliches Verhalten in Zwangssituationen und die dem Militär eigene Komik aus Zynismus und Sarkasmus.

Mag sein, daß das alles zu einfach ist, daß Hebstreit ja ohnehin kein „richtiger“ Mauerschütze war, weil er von vornherein nie das tun wollte, was er tun sollte. Er ist kein Geläuterter, weil er nie ein Indoktrinierter war. Und doch ist sein aufrichtiges Zeugnis wichtig, weil er etwas preisgibt, was er ebensogut hätte für sich behalten können. Daß er mehr wußte und eher zweifelte als andere, brachte ihn zwar nicht weg von der Mauer, machte ihn nicht zu einem Oppositionellen, verhinderte aber die Kollaboration, die den Gehorsam mit jener letzten, tödlichen Konsequenz einschloß. Wie unendlich viel mehr wert mag ein derart in seinem Zweifel prinzipienfester Mauersoldat, so eine personifizierte Befehlsverweigerung mit geladener Waffe in der Hand im Vergleich zu allen möglichen wohlfeilen Anti-DDR-Bekanntnissen gewesen sein?

Hebstreit gehört auch zu jenen, die sich bei der jüngsten Diskussion um den Schießbefehl öffentlich gegen die Leugner zu Wort meldeten: „Ja, wir hatten den Schießbefehl.“ Schlimm genug, daß so ein Bekenntnis fast zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer nötig ist, um klarzumachen, worum es an dieser Grenze ging. Es war und ist ebenso nötig wie die Bloßstellung vieler kleiner Legenden, die Hebstreit in seinem Buch unternimmt. In Vorbereitung einer wünschenswerten Nachauflage hätte das Bändchen ein sorgfältigeres Lektorat verdient, um all die Schussel- und Schreibfehler zu vermeiden, die zuweilen die Lektüre etwas mühselig machten.

Verdient hat das diese Art Erinnerung auf jeden Fall. *Tobias Voigt*

Markovits, Inga: Gerechtigkeit in Lüritz. Eine ostdeutsche Rechtsgeschichte. München: Verlag C.H. Beck 2006, 304 Seiten, brosch., 19,90 €.

Ob die DDR ein Unrechtsstaat war, ist ein ebenso plakativer wie müßiger Streit; denn daß es dort staatliches Unrecht gab, ist ebenso unumstritten wie die Tatsache, daß auch dort nach einem geschriebenen Kodex Recht gesprochen, geklagt und angeklagt und von Richtern entschieden wurde – bis 1975 sogar noch nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch von 1900. Natürlich gab es und entwickelte sich ein eigenes sozialistisches Rechtssystem, dessen Theorie und Praxis sich vom „bürgerlichen“ Recht unterschied und unterscheiden wollte, zum Beispiel durch die Abschaffung der Verwaltungsgerechtsbarkeit oder durch die Einführung gesellschaftlicher Konfliktkommissionen im Vorfeld der Justiz. Wie es mit ihm zu Ende ging, hat die amerikanische Juristin Inga Markovits in ihrem Buch *Die Abwicklung. Ein Tagebuch zum Ende der DDR-Justiz* anschaulich beschrieben. In ihrem neuen Buch unternimmt sie es nun,

zu „rekonstruieren, wie der Aufstieg und Fall eines totalitären Rechtssystems von den daran Beteiligten erlebt wird“.

Sie selbst nennt das treffend „Geschichtsschreibung von unten“, denn es handelt sich nicht um eine systematische Darstellung der DDR-Justiz, sondern um die Fallstudie eines einzigen Amts- und späteren Kreisgerichts mit fünf Richtern und Richterinnen und etwa 1 000 Fallentscheidungen von 1946 bis 1990. Fiktiv sind allein der Ortsname Lüritz und die Namen der handelnden Personen. Einige von ihnen hat die Autorin noch vor Ort angetroffen – vier der einstigen Richter sind heute als Anwälte tätig – und als Zeitzeugen befragt, um sich ihr Bild nicht allein aus den Akten zu machen. Trotzdem sind die Akten der eigentliche Glücksfund für ihr Buch, denn sie zeigen tatsächlich einen Querschnitt durch alle vier Jahrzehnte der DDR-Justiz und deren Anfänge unter Besatzungsrecht in der einstigen SBZ.

Ihre Entdeckung war kein Zufall: „Bald nach dem Kollaps der DDR hatte mir ein Ostkollege erzählt, daß es wegen des Arbeitskräftemangels im Sozialismus noch ehemalige Kreisgerichte geben müsse, die ihren Aktenbestand nicht (wie es auch die Aktenordnung der DDR verlangte) regelmäßig durchforsten konnten, sondern die ihre nicht mehr gebrauchten Akten einfach im Keller und auf Böden verräumt und dann vergessen hatten. Mit etwas Glück müsse sich ein ehemaliges DDR-Gericht finden lassen, dessen Aktenbestand bis in die frühen Nachkriegsjahre zurückreiche. So machte ich mich auf die Suche. Anfragen bei 24 frischgebackenen Amts- und früheren Kreisgerichten führten mich schließlich nach Lüritz [...]. Und wirklich: Im Lüritzer Archiv fanden sich Entscheidungen von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zum Zusammenbruch der DDR – nicht ohne Lücken, aber vollständig genug, um die Lebensgeschichte eines Rechtssystems nachzuzeichnen, das mit den Hoffnungen

einige weniger begann und unter der Last der Enttäuschung von vielen zu Ende ging.“

Neu am „Neuanfang von 1945“ waren vor allem die handelnden Personen auf beiden Seiten der Gerichtsschranken: Mehr als ein Drittel der Lüritzer Bürger waren Neubürger, im DDR-Jargon „Umsiedler“. Neu war auch das gesamte Justizpersonal, nachdem alle ehemaligen Mitglieder der NSDAP – das waren 80 Prozent aller Richter und Staatsanwälte – aus dem Justizdienst entfernt worden waren und sich auch die meisten unbelasteten „bürgerlichen“ Juristen lieber nach Westen abgesetzt hatten. So kam es, daß die sowjetische Militärverwaltung noch im Dezember 1945 Lehrgänge für Volksrichter einrichtete, „in denen tüchtige und vor allem politisch zuverlässige Männer und Frauen aus dem Volk“ in Schnellkursen von zunächst sechs Monaten (später verlängert auf ein Jahr und schließlich zwei Jahre) zu Richtern und Staatsanwälten ausgebildet werden sollten. Bis zu deren Einsetzung behalf man sich mit reaktivierten Pensionären und sogenannten „Richtern im Soforteinsatz“ ohne jede juristische Ausbildung. Erst 1965 rückte der erste Volljurist als Direktor des Kreisgerichts ein; die letzte „Lehrgangsjuristin“ schied erst 1980 aus dem Amt. Bis 1984 gab es nur zwei, später drei Rechtsanwälte in Lüritz, heute sind es 50, darunter viele ehemalige Richter und Staatsanwälte. Es gehört zu den Besonderheiten der DDR-Justiz, daß man ganz gut ohne Anwälte auskam: 1979 waren nur 15 Prozent der Parteien in Zivilrechtsfällen anwaltlich vertreten und sogar nur 5,6 Prozent der Angeklagten in Strafsachen. „Der Staat“, resümiert Inge Markovits, „sah es nicht gern, wenn sich ein Rechtsanwalt zwischen ihn und seine Kinder schob“. Entsprechend eng war der Spielraum der Rechtsfindung auch deshalb, „weil die DDR-Justizverwaltung darauf bestand, daß die Rechtsprechung aller Kreisgerichte sta-

tistisch zu möglichst gleichen Resultaten kam (zum Beispiel, daß die Länge der Freiheitsstrafen, die ein Kreisgericht für ‚Asozialität‘ verhängte, vom Republik-Durchschnitt so wenig abwich wie nur möglich)“.

Kein Wunder, daß die DDR-Justiz weitgehend ohne Kommentare auskam, die in einer nicht gelenkten Justiz den Spiegel der divergierenden Rechtsauslegung durch die Gerichte darstellen. Eine förmliche „Vergatterung“ der Kreisgerichte gab es nach Markovits zwar nur in den fünfziger Jahren, aber auch später genügten den Richtern ihre Notizen von Tagungen und Kursen, auf denen sie die aktuelle Anleitung für ihre Gesetzesauslegung erfuhren. „Natürlich war der Ausgangspunkt einer richterlichen Entscheidung, wie in Westdeutschland, der Gesetzestext. Aber die Interpretationen kamen aus Berlin.“ Inge Markovits fand im Keller des Lüritzer Kreisgerichts eine ganze Reihe solcher Notizbücher, die das belegen.

Ebenso bezeichnend ist, daß im Jahr 1952 noch 49 Prozent der Urteile in Strafsachen vom Antrag des Staatsanwalts abwichen, 1979 nur noch 9 Prozent. In dem Maße, wie Volksrichter durch ausgebildete Berufsrichter ersetzt wurden, wurde „die Rechtsprechung in Lüritz technisch sorgfältiger, politisch farbloser und angepaßter“. Was nicht heißen soll, daß es nicht auch Richter in Lüritz gab, welche – wie einst in Preußen die sprichwörtlichen preußischen „Richter in Berlin“ – ihre auch in der DDR formal geltende richterliche Unabhängigkeit gegenüber Staat und Partei wahrten. So befand ein Richter 1953, die Kläger hätten „lieber ihre Anträge besser begründen sollen, anstatt zur SED zu laufen und diese einzuschalten“. Auch unter Anwälten gab es standhafte Juristen, wie das Beispiel eines Rechtsanwalts Mohr zeigt, „der sich als Student an der Humboldt-Universität für die Bewerbung bei der Anwaltschaft entschlos-

sen hatte, weil er sich der Ausbürgerung Wolf Biermanns schämte und fand, daß Recht auch die Interessen von Außenseitern schützen müsse“. Inge Markovits ist ihm in den Akten der achtziger Jahre „oft als optimistischem und streitbarem Juristen begegnet“.

Leider ist es unmöglich, in einer kurzen Rezension die reiche Kasuistik aus allen Rechtsgebieten nachzuzeichnen, die das Buch auf fast 300 Seiten ausbreitet. Dem Rezensenten bleibt nur eine Empfehlung: selbst lesen. Es lohnt sich.

Hannes Schwenger

Schißau, Roland: Strafverfahren wegen MfS-Unrechts. Die Strafprozesse bundesdeutscher Gerichte gegen ehemalige Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag 2006, 361 Seiten, 47,00 €.

Das DDR-Ministerium für Staatssicherheit (MfS) hatte 1989 etwa 91 000 hauptamtliche und 180 000 Inoffizielle Mitarbeiter (IM). Im Laufe seiner knapp vierzigjährigen Geschichte zeichnete es für zahllose Fälle von Freiheitsberaubung, Entführung, Mord, Mordversuch, Aussageerpressung, Gefangenmißhandlung, Bespitzelung, Postkontrolle und Telefonüberwachung verantwortlich. Jeden Tag öffnete das MfS allein 90 000 Briefe – obwohl dies nach dem DDR-Strafgesetzbuch verboten war. Alles in allem dürfte die Zahl der Straftaten ehemaliger MfS-Mitarbeiter in die Millionen gehen.

Gleichwohl ist praktisch keiner der dafür Verantwortlicher ins Gefängnis gekommen. Ganze drei MfS-Mitarbeiter mußten nach 1990 hinter Gitter: Ein Wachmann aus Güstrow, der 1984 im trunkenen Zustand zwei Passanten erschossen hatte und in der DDR nie bestraft worden war, erhielt nach der Wiedervereinigung zehn Jahre Gefängnis. Ein IM, der den Fluchthelfer Wolfgang Welsch mit ver-

gifteten Bouletten umbringen wollte, bekam sechseinhalb Jahre Haft. Und ein Stasi-Offizier, der dem Terroristen Johannes Weinrich Sprengstoff für den Anschlag auf das West-Berliner „Maison de France“ überlassen hatte, wurde zu vier Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Nicht einmal der Hauptverantwortliche für die Verbrechen des MfS, der langjährige Minister für Staatssicherheit Erich Mielke, wurde für seine Taten belangt. Wegen eines Polizistendoppelmordes in der Weimarer Republik erhielt er 1993 sechs Jahren Gefängnis – und wurde ein Jahr später wegen „Haftunfähigkeit“ wieder auf freien Fuß gesetzt. Alle anderen Verfahren gegen ihn wurden eingestellt.

Wenn jetzt ein Buch die „Strafverfahren wegen MfS-Unrechts“ untersucht, ist man gespannt zu erfahren, wer denn von den früheren MfS-Mitarbeitern überhaupt warum verurteilt wurde. Der Autor Roland Schißau war 1997/98 Mitarbeiter des Forschungsprojektes „Strafjustiz und DDR-Vergangenheit“, das in jahrelanger Arbeit alle einschlägigen Urteile zusammengetragen hat. Er gab in dieser Zeit gemeinsam mit Klaus Marxen und Gerhard Werle auch den umfangreichen Dokumentenband *Strafjustiz und DDR-Unrecht, MfS-Straftaten* heraus. Darin sind 15 prototypische Urteile gegen ehemalige MfS-Mitarbeiter abgedruckt. In der 361 Seiten starken Studie, mit der er 2004 an der Berliner Humboldt-Universität promovierte, erfährt man allerdings vor allem, warum die meisten MfS-Straftaten *nicht* bestraft wurden.

In seinem Buch beschreibt der Autor zunächst das generelle Problem der Strafverfolgung von DDR-Verantwortlichen mit teils grotesken rechtlichen Hürden und organisatorischen Unzulänglichkeiten. Danach schildert er den Umgang mit den wichtigsten Straftaten von MfS-Mitarbeitern: das Abhören von Telefongesprächen, das Öffnen von Briefen, der Diebstahl aus Postsendungen, das heimliche Betreten fremder Räume, der Pati-

enten- und Mandantenverrat durch Ärzte und Rechtsanwälte, das Verschleppen von Personen aus der Bundesrepublik, die gezielte Tötung von Menschen sowie die Drangsalierung von Verhafteten. Auch Denunziationen, unerlaubte Festnahmen, Repressalien gegen Ausreiseantragsteller und weitere Straftaten wie der Schutz von RAF-Terroristen gehen auf das Konto ehemaliger MfS-Mitarbeiter. Am Ende zieht der Autor eine Bilanz der Strafprozesse gegen ehemalige MfS-Mitarbeiter: Von 251 angeklagten Personen wurden 87 verurteilt – wobei unerwähnt bleibt, daß die allermeisten mit Geld- oder Bewährungsstrafen davorkamen.

Das hochinteressante Thema kommt in diesem Buch leider als trockene rechtliche Abhandlung daher. Sie zu lesen, fordert dem Leser ein erhebliches Maß an Selbstdisziplin ab. Das Buch behandelt vor allem juristische Fragen und ist von schlechtem Amtsdeutsch geprägt. Zu jeder Deliktgruppe werden zunächst ausgewählte Taten geschildert, anschließend wird referiert, wie die Gerichte sie beurteilten. Am Ende gibt der Autor seine eigene rechtliche Bewertung ab. Wer wissen will, mit welchen Argumenten bundesdeutsche Gerichte selbst in der DDR strafbare Handlungen nicht verfolgt haben, findet in diesem Buch die Antwort darauf. Die meisten Verfahren werden allerdings anonymisiert angesprochen, so daß daran anknüpfende Täterforschungen kaum möglich sind.

Welche politischen Ursachen es hatte, daß die meisten Taten straffrei blieben, thematisiert das Buch nicht. Wären im Einigungsvertrag nicht so hohe rechtliche Hürden errichtet worden und hätte der Bundestag nach 1990 die Grundlagen für eine wirksame Strafverfolgung geschaffen, sähe die Bilanz heute zweifellos anders aus. Auch die mangelhafte Ausstattung der Staatsanwaltschaften und Gerichte wirkte wegen der laufenden Verjährungsfristen praktisch wie eine kalte

Amnestie. Wichtige Fragen – etwa welche MfS-Spitzenfunktionäre am Ende vor Gericht gestellt wurden oder welche MfS-Mitarbeiter tatsächlich ins Gefängnis kamen – bleiben in dem Buch leider unbeantwortet. *Hubertus Knabe*

Herlt, Günter: Das dicke Fernsehbuch. Berlin: Eulenspiegel Verlag 2007, 208 Seiten, 19,90 €.

Breiler, Klaus: Das große Buch der Interflug. Berlin: Das Neue Berlin (Eulenspiegel Verlag) 2007, 254 Seiten, 19,90 €.

Ein wirklich dickes Ding, dieses Fernsehbuch, das Autor und Verlag uns da zumuten. Seinem Metier bleibt der gelernte Zimmerer und Maurer Herlt treu – er zimmert an Legenden und mauert noch immer, wenn es um die Wahrheit geht. Daß er es damit nicht so genau nimmt, zeigt dieses Buch, das mit harmloser Aufmachung vorgibt, nichts weiter zu sein als ein Kompendium heiterer Einsichten in das Programm des verflochtenen DDR-Fernsehens. Nun ist es Herlt zugute zu halten, daß er als Ko-Kommentator des sattem bekannten „Schwarzen Kanals“ bei den Zuschauern einen nicht ganz so verbiesterten Eindruck hinterließ wie Herr von Schnitzler. Nicht als polternder Eiferer, sondern als vermeintlich Feinsinniger gab sich der Propagandaspezialist auf dem Bildschirm mit gewinnend ironischem Lächeln. Ihm mochte man schon eher glauben, daß der Kapitalismus so böse war, wie der „Kanal“ ihn zeigte, wenn man es denn überhaupt glauben wollte. So gab es einen netten und einen nervenden Ideologen. Mit seinem Buch nähert sich Herlt allerdings dem zweiten an. Es ist schon beachtlich, wie es der Mann schafft, in nahezu jedem Kapitelchen seines Spätwerkes, die von ihm mitverbrochene SED-Fernsehwelt schön- und die Bundesrepublik schlechtzureden, als verlange eine imaginäre Agitationsabteilung vom Ge-

nossen Herlt noch immer die permanente Auseinandersetzung mit dem Klassenfeind.

Dafür legt er sich mächtig ins Zeug und zeigt, daß die eigenen Schweinereien, die widersinnigsten Verbiegungen des Geistes, die gemeinen Schurigelungen von vermeintlich Andersdenkenden mit einem sentimental und paternalistisch vorgetragenen Sympathiegefühl für den SED-Staat verklärt und verkleistert werden können, mit solchen Konklusionen wie dieser: „Der kleine Staat, der so viel Großes vollbracht hatte, war manchmal sehr kleinlich. Wohl auch, weil er seit seiner Geburt so verwundbar war.“ Wer erteilt hier eigentlich wem Absolution? Ist so etwas fortgesetzte Verblendung oder Kalkül? Auf jeden Fall sieht es schwer nach einem Opa aus, der seinen Geschichtsrevisionismus Nachgeborenen oder Erinnerungsblinden mit einem Lächeln verkauft, und der sich für eine Art publizistischen Eulenspiegel hält.

Das ist er aber nicht, sondern ein Parteisoldat, der siebzehn Jahre nach dem Abtritt seiner Altvorderen den ideologischen Werwolf gibt – freilich einen im netten Schafspelz. Von den „vielpublizierten Fehlleistungen“, so sagt er, mag er gar nicht reden, „sondern [von] den Leistungen, die in den Herzen vieler Zuschauer nachklingen“. Was für ein Bild. Wer beim DDR-Fernsehen seinen Kopf eingeschaltet hielt, der hatte demzufolge Pech. Merkwürdig nur, daß Herlt eifrig bemüht ist, in penetranter Manier die Fehlleistungen der Bundesrepublik zu deklamieren – ganz gleich, ob es zum Thema paßt oder nicht. So in den knappen Zeilen über den Montagsfilm. Es ist die Episode der Retusche des NS-Hoheitsadlers auf einer Schaffnermütze. Ohne die konnte der Ufa-Schinken nicht ins DDR-Programm. Schöne Geschichte, doch Herlt kann sie nicht so stehenlassen, er kann es einfach nicht: „Damals ahnte ja niemand, daß nach der ‚Befreiung‘ der DDR der Führer persönlich

Woche für Woche in Heldenpose und Farbe auf dem Bildschirm seine Paraden in dieser und jener Dokumentation abnehmen konnte.“

Der Autor, ganz SED-Schule, hat sein untrügliches Gespür für Junktims gut konserviert. Was für uns bloß noch unverständlich ist, paßt ihm allemal in den Kram. Da werden dann auch schon mal die Quoten für den „Schwarzen Kanal“ mit den Wahlergebnissen der Grünen im Hier und Jetzt verglichen. Wie das geht, fragen Sie sich? Durch die Gabe, mit Fakten zu mogeln. Das DDR-Fernsehen, so der Autor, sei Spielball der „weltpolitische[n] Großwetterlage“ und der „inneren Machtverhältnisse“ gewesen. Da kommen die Relationen schön durcheinander. Zum Beispiel die, daß Adlershof zwar formell ein Staatsbetrieb, aber de facto ein Laden der SED war. Schlimm kann Herlt das nicht finden, die führende Rolle der SED habe ja in der Verfassung gestanden. Da gibt es dann auch viel Verständnis für die wahren Medienlenker: „Nun lebte auch das ZK der SED nicht im Niemandsland, sondern an der sensiblen Trennlinie der beiden mächtigsten Staatenblöcke und Militärpakte.“ Ganz unsensibel gefragt: Rechtfertigte das, sich und sechzehn Millionen Untertanen die Hücke voll zu lügen?

Herlt hat immer eine Erklärung parat. Güstrow ganz in Vopo-Grün zum Helmut-Schmidt-Besuch: „Aber die Politiker unterschiedlicher Staaten haben unterschiedliche Sicherheitsbedürfnisse. Jeder Gastgeber bangt: Was passiert, wenn was passiert?“ Was damals bange machte, waren vor allem die ausreisewilligen DDR-Bürger, die den Bundeskanzler treffen wollten. Statt dies zu sagen, rettet sich Herlt, wie sooft, in die Gegenwart, zum Beispiel zum enormen Sicherheitsaufwand beim Bush-Besuch in Stralsund 2006, und spielt die beleidigte Leberwurst: „Es gibt eben gute und böse Staaten, und bei den Guten ist alles gut.“ Die Terminologie ist gewählter, als es scheint

und will verwischen, daß es einen Unterschied zwischen Diktaturen und Demokratien gibt. Diesen Unterschied vermag der Polit-Spezialist nicht wahrzunehmen, wenn er heute über den Prager Frühling schreibt, die westlichen Medien „taten alles, um die Funken aus Prag auch zu einem Flächenbrand zu machen“. Jene in der DDR verbreitete Hetze gegen die Reformbestrebungen camoufliert der Medienprofi mit Informationsdefiziten: „Unsere Korrespondenten waren – im Unterschied zu den übrigen – von den neuen Machtzirkeln isoliert.“ Herlt schweigt sich darüber aus, ob die DDR-Journalisten den Kontakt zu den Reformern weisungsgemäß mieden oder ob sie wegen ihrer Moskauhörigkeit gemieden wurden. Komisch nur, daß etliche DDR-Journalisten ihren Stasi-Führungsoffizieren sehr wohl einiges über die ČSSR-Opposition zu berichten wußten. Ähnliche Lücken gibt es auch beim Abschnitt über die Fernsehansagerinnen. Im Gruppenbild mit Damen fehlen die Geschaßten. Kein Wort davon, daß die Ansagerin Monika Unferferth in Sippenhaft für ihren unbotmäßigen Ehemann, den Regisseur Frank Beyer, genommen wurde. Kein Bild von Edda Schönherz, die wegen eines Fluchtversuches ins Zuchthaus Hoheneck kam. Keine Erwähnung des allgegenwärtigen Kujonierens, der ideologisch verbrämten Gängelei, des demonstrativen Abstrafens, des disziplinarischen Versetzens. Für den Blick auf diese Kehrseite des Fernsehens hat der ehemalige Macher nur boshafte Häme übrig, wenn er am Ende seines Werkes von jenem Kameramann H.F. schreibt, der – im Sender als „notorischer Querkopf“ bekannt – nach 1989 seine Stasi-Akte beantragte: „Die Antwort dieser Behörde kam relativ schnell: Es existiere überhaupt kein Vorgang ‚H.F.‘. Die Enttäuschung dieses Mannes läßt sich nicht beschreiben.“

Vielleicht kann an dieser Stelle dem unbekanntem H.F. eine kleine Freude ge-

macht werden. Mit dem, was Herlt in seinen Beschreibungen einiger Protagonisten unerwähnt läßt. Der Conférencier Hans-Georg Ponesky sang seit den fünfziger Jahren bei der Stasi als Geheimer Informator „Schwan“. Ulrich Makosch war in der Außenpolitik die erste Geige und als IM „Primus“ für das MfS Klassenbester. Der Adameck-Stellvertreter und Filmeinkäufer Hans Joachim Seidowsky war viele Tage im Jahr im kapitalistischen Ausland unterwegs – im Gepäck die Aufträge des Mielke-Ministeriums, das ihn unter dem Namen „Gerhard“ führte und mit vier Medaillen dekorierte. Auch der als Grandseigneur der Adlershofer Publizistik bewunderte Karl-Heinz Gerstner sprach nebenberuflich für eine Menge Geld als „Inoffizieller Mitarbeiter mit Feindberührung“ namens „Ritter“ den Herren der Normanenstraße auf's Tonband. Und Herlt selbst? Er vergaß zu erwähnen, daß es da in den Rosenholz-Dateien zu seinem Klar- auch einen Decknamen gibt. Diese Quelle „Sauer“ schöpfte andere Personen ab und hinterließ dutzendfach Spuren in den SIRA-Informationseingängen der MfS-Auslandsspionage.

Wer sich wie Herlt so gerne über andere lustig macht, verfängt sich irgendwann selbst in seinem eigenen Gewebe. So hat er sich höchstpersönlich ein postmortales DDR-Witz-Ei in sein Legendennest gelegt, als er den Korrespondenten Ulrich Makosch mit dessen Beschreibung zu seiner Arbeit in Mosambik zitiert: „Als die Leute hörten, wo wir herkamen, brachten sie uns das wenige, das sie hatten: ein Huhn, Früchte [...]“. Klarer Fall, die Mosambikaner hatten Mitleid mit den Besuchern aus der DDR.

Wofür der Autor ausnahmsweise wohl nichts kann, ist die Aufmachung des Buches als Mogelpackung. Hinter dem farbigen Einband im konsequent geschmackfreien Design der achtziger Jahre lauert eine wenig bunte Fernsehwelt in schwarz und weiß. Eine bemerkenswerte

Inhalt-Form-Dialektik, die mehr sagt, als der Autor verschweigen möchte.

Zu guter Letzt ist sich Herlt nicht zu fein, für seinen moralischen Siegeszug über das bundesdeutsche Fernsehen auf die Zerschlagungsgeschichte des Adlershofer Senders zurückzugreifen. So erschreckend, so ärgerlich hierbei manches Gebaren gewesen sein mag, so sehr es dabei solche traf, die keine Schuld an dem Fernsehen auch Herltscher Prägung hatten, sowenig angemessen ist es, daß ausgerechnet dieser Autor hier mahnend den Zeigfinger erhebt. Wo nimmt der Mann – als leitender Kader selbst Teil eines jahrzehntelang permanent mit allen staatlichen, politischen, geheimpolizeilichen, fiesen, demütigenden, schwachsinnigen und „unsozialistischen“ Methoden radikal gesäuberten Medienbetriebes – dieses Recht her? Aus der ihn nunmehr umgebenden Demokratie, für die er so wenig übrig hat?

Was beim Propagandisten wohl nicht mehr zu ändern ist, sollte beim Piloten schon verwundern. Von letzterer Profession wird wohl nicht ernsthaft politologisch Tiefschürfendes erwartet. Gleichwohl könnte die Erinnerung aus einem ganz anderen Metier, von der Warte eines buchstäblich erweiterten Horizonts, allerlei Erhellendes bringen. Der Eulenspiegel-Verlag schafft nicht nur manch „dickes“, sondern auch manch „großes“ Buch, in diesem Fall das der Interflug – der zivilen Fluggesellschaft der DDR. Ein erfahrener Flugkapitän müht sich hier redlich, von deren Anfängen bis zu ihrem Ende Zeugnis zu geben, unterstützt von der Erinnerungsarbeit einiger Kollegen. Warum der Autor ein fast trotziges Bekenntnis zum SED-Staat dazuliefert, mag aus dem Wust verletzter Gefühle erklärbar sein, der sich vieler ehemaliger DDR-Leistungsträger bemächtigt hat. Sei's drum, das Metier reizt ohnehin zur Lektüre, was gebe es da wohl alles zu erzählen, wenn man denn erzählen kann.

Nun sind die Literaten unter der Fliegerei rar gesät, weswegen wir hier mit eher spröden Beschreibungen eines Lebensweges zwischen Himmel und Erde versorgt werden. Das ist schade, weil selbst das Anekdotische auf diese Weise schnell langweilig wird. Eine reiche Bebilderung hebt dieses Manko nicht auf. Liegt es an der mangelnden Reflektionsfähigkeit des Autors, daß er im Deskriptiven verhaftet bleibt? Oder liegt es daran, daß Flieger ihre Umwelt einfach anders wahrnehmen oder vieles davon gar nicht? Fernab der irdischen Nichtigkeiten mag manches kaum registriert, geschweige denn für wichtig befunden werden. Das führt dann schon einmal zu einer flapsigen Bemerkung, wie zum Beispiel zu der, daß die Kollektivierung der Landwirtschaft „bisweilen auch erzwungen – am Ende richtig war“, oder zu der waghalsigen Behauptung, daß sich in den achtziger Jahren „Akademikerkreise“ der USA für die „Effektivität der Planwirtschaft interessiert“ hätten. Wer hat hier wen möglicherweise doch falsch verstanden?

Wer in der DDR als Pilot arbeitete, war vielerlei Prüfungen unterworfen, abgesehen von fachlichen und gesundheitlichen vor allem Sicherheitskontrollen. Es kann wohl mit einiger Berechtigung davon ausgegangen werden, daß das fliegende Personal handverlesen und mehrfach „gesiebt“ war. Der Kontrollwahn kommt in diesem Buch jedoch nur am Rande vor. Das wurde hingenommen. Größere politische Konflikte, so scheint es, hat es in diesem Flugbetrieb wohl auch nie gegeben. Stattdessen wird das Hohelied der heilsbringenden Solidaritätsfliegerei gesungen. Da ist viel von der Unterstützung „junger Nationalstaaten“ die Rede, von Nahrungsmittellieferungen und Hilfseinsätzen.

Ein heikler Punkt ist die Kriegsfracht in Krisengebiete. Der Autor mogelt sich um das heiße Eisen herum. Mag sein, daß er fürchtet, klare Angaben zum Waffen-

transfer würden die humanitäre Bilanz der fliegerischen Einsätze schmälern. Zu Recht, denn die Mordwerkzeuge heizten die bestehenden Konflikte nur noch weiter an. Diese Bilanz paßt schwerlich zu den Bildern der guten Deutschen, die von dankbaren afrikanischen Kindern umringt sind. Von Waffenlieferungen, mit denen die SED Konflikte befeuerte und Geld oder billige Arbeitskräfte verdiente, will hier niemand etwas wissen. Außer in dem einen Fall, als in Lusaka einmal eine Transportkiste zu Bruch ging. Da kam die Konterbande zum Vorschein: Maschinenwaffen und Munition. Die Interflugflieger zeigten sich überrascht und enttäuscht: Das Zeug sei ihnen ohne ihr Wissen untergejubelt worden.

Mit der Maulerei war die ganze Angelegenheit dann aber auch schon wieder erledigt. Daran änderte sich auch nichts, als eine Maschine wegen Überladung mit Kriegsgerät beim Start zerschellte und die Kollegen starben. Zweifel, wenn schon nicht an der eigenen, so doch an der Mission des realen Sozialismus hat das nicht ausgelöst. Im Gegenteil. Breiler stellt die Zivilpiloten als die wahren Klassenkämpfer hin: „Während die NVA über moderne Technik verfügte und den Kampf gegen den Klassenfeind probte, kämpften wir mit unmoderner Technik tatsächlich gegen den Gegner. Wir waren unmittelbar mit unseren Konkurrenten konfrontiert. Und viele ließen dabei ihr Leben.“ Ob das viele seiner Kollegen tatsächlich auch so gesehen haben?

Bleibt zu hoffen, daß die meisten Zivilpiloten der Interflug auch mit zivilem Geist flogen. Anders jedenfalls als der ausgebildete Jagdflieger Breiler, der offenbar seinen Arbeitsplatz Cockpit für einen „Kampfplatz für den Frieden“ hielt. Mit dem Zusammenbruch der DDR ist der abhanden gekommen; ein Verlust, über den der Autor mit gehöriger Frustration berichtet. Motto: Dann kam alles ganz schlimm. Das stimmt sogar, denn von den 400 Piloten des Staatsunternehmens

schafften es nach 1990 gerade einmal noch 25 Prozent wieder ins Cockpit. Die Lufthansa übernahm keinen einzigen Ost-Kollegen; das Unternehmen Interflug verschwand als lästiger Konkurrent. Deutsche Piloten wissen ganz gut, daß Geist und Freiheit über den Wolken nicht grenzenlos sind. *Tobias Voigt*

Wurschi, Peter: Rennsteigbeat. Jugendliche Subkulturen im Thüringer Raum 1952–1989. Köln/Weimar: Böhlau 2007, 312 Seiten, 37,90 €.

„In der UNO steht ein leerer Stuhl / darauf saß ein Mann aus Suhl. In Kenia gibt's jetzt eine Botschaft weniger / diesmal traf es einen Mann aus Jena. [...] Ich such' die DDR und keiner weiß, wo sie ist.“ So sang die Band Sandow in der sogenannten Wendezeit. Wer wissen will, wo „die Männer aus Jena und Suhl“ geblieben sind, muß ins *Neue Deutschland* schauen. Wer Genaueres über die Fans der Band Sandow im Südthüringer Raum wissen will, liest zukünftig Peter Wurschis Dissertation. Nur selten gelingt es einer historischen Arbeit, regionale oppositions-, kirchen- und jugendgeschichtliche Forschungsstände gleichzeitig voranzutreiben. Peter Wurschis Werk über jugendliche Subkulturen im Thüringer Raum zwischen 1952 und 1989 schafft das in überzeugender Weise.

Das Buch ist zweigeteilt. Einem eher theoretischen Kapitel, welches das Spannungsfeld zwischen egalitärem Menschenbild in der DDR und nonkonformistischem, subkulturellem Verhalten erschließt, folgt ein immer erfreulich konkret bleibendes, verlaufsgeschichtlich geprägtes Kapitel über die Entwicklung individualistischer Jugendkulturen im DDR-Bezirk Suhl. Wer Bücher wie *Bye, bye Lübben City* mit Interesse gelesen hat, ist über nonkonformistische Jugendkulturen in der DDR einschlägig informiert und auch in thüringische Besonderheiten eingeführt. Wurschi schließt

hier an. Er konkretisiert manche These aus bereits vorhandener Literatur am Beispiel der Südthüringer Vorkommnisse und stellt daneben regionalgeschichtlich interessante Begebenheiten vor. Weder die Haarschneideaktion von Pößneck im Jahre 1968 noch die von der Stasi eingestandene 48-stündige Machtübernahme in der Innenstadt Altenburgs durch Musikfans im Jahre 1976 sind einem breiten Publikum bekannt oder andernorts derart im Zusammenhang beschrieben worden.

Jugendkultur ist ohne Musik nicht denkbar. Gerade Subkulturen sind stark von ihr geprägt, was in bezug auf die DDR bereits breit dargestellt wurde. Wer den Film „Too much future – Ostpunk“ gesehen hat, findet in Wurschis Buch Aufschluß darüber, wie der Bezirk Suhl neben Zentren wie Ost-Berlin zu einem Schauplatz der ostdeutschen Punkszene wurde.

Im Zuge der offenen Arbeit der Evangelischen Kirche wurden viele Punks zu einem Teil der autonomen Friedensbewegung in der DDR. Zu dieser liegen für den Thüringer Raum bereits umfangreiche Arbeiten von Remy, Neubert/Auerbach und Pietzsch vor. Konzentriert sich Remy auf den Nordthüringer Raum und Pietzsch auf Jena, versuchten sich Auerbach und Neubert an einer „Thüringischen Oppositionsgeschichte von 1945–1989“. Ohne über große Forschungsanstrengungen stellen sie verlaufsgeschichtlich entscheidende Namen und Vorgänge der Reihe nach vor. Wurschi hingegen studierte Akten sowie die Sekundärliteratur und füllt nun nicht zuletzt mit den detaillierten Porträts des Suhler Montagskreises oder der Arbeit Uli Töpfers in Meiningen Desiderate der Oppositionsforschung.

Auch kirchengeschichtlich geht Wurschi über das hinaus, was beispielsweise Gerhard Besier bisher geleistet hat. So gibt er Ulbrichts Rede vom 29. September 1957 im südthüringischen Sonneberg zum Auftakt des Jugend-

weihejahres, die ankündigte, daß alle Jugendlichen an der Jugendweihe teilzunehmen hatten, eine neue Interpretation. Einerseits richtete sich die Rede gegen die bürgerliche Handwerker- und Händlertradition, der Ulbricht mit seiner „Herr-im-Hause-Haltung“ begegnen wollte. Außerdem lag Sonneberg im vorgelagerten Grenzland und demonstrierte somit Geltungsanspruch in den westlichen Raum hinein. Daß Wurschi die komplizierten regionalen Verhältnisse erfaßt und zum Beispiel die Kirchenprovinz Sachsen und die Thüringische Landeskirche souverän auseinanderhält, hebt ihn positiv von manch anderem Autor ab. In ihrer analytischen Klarheit ermöglicht die Studie Vergleiche zwischen den DDR-Bezirken auf verschiedenen Ebenen. Daß Pressefeste der Bezirksparteizeitungen gern von „jugendlichen Randalierern“ gestört wurden, ist nun auch für den Bezirk Suhl dokumentiert, genauso wie der Erfolg der US-amerikanischen Sängerin Edda Cameron, die Anfang der siebziger Jahre die DDR-Jugend massenhaft in die Kirchen zog. Auch der lokale Kampf der FDJ gegen das attraktivere Jugendfreizeitangebot der Kirchen in Städten wie Zella-Mehlis wird vom Autor spannend beschrieben. All dies in einer eigenwilligen und flüssigen Sprache, die immer wieder Neugier weckt und zum Weiterlesen einlädt. Der DDR-Bezirk Suhl, so klein und unbedeutend er auch gewesen sein mag, hat in vielerlei Hinsicht mit Wurschis Buch ein neues Gesicht bekommen.

Christoph Wunnicke

Klein, Thomas: „Frieden und Gerechtigkeit!“ Die Politisierung der Unabhängigen Friedensbewegung in Ost-Berlin während der 80er Jahre. Köln u.a.: Böhlau 2007, 548 Seiten, 44,90 €.

Wer bisher Näheres über die Opposition in Berlin in den achtziger Jahren erfahren wollte, mußte zu verschiedenen Büchern

greifen. Deshalb finden sich regelmäßig Literaturzitate aus Rüdicken Klaus *Störenfried* oder Moritz' *Berliner Gruppen vor und nach der Wende*. Trotz aller tatsächlichen, unterstellten oder behaupteten Berlin-Zentriertheit der DDR-Opposition, eine Monographie zu den Berliner Gruppen und ihrem Wirken lag bisher nicht vor.

Diesen Zustand beendet nun für die achtziger Jahre Thomas Klein. Interessanterweise ein Autor, welcher nicht dem nach der Wende publizistisch und interpretatorisch maßgebenden „konservativen“ Oppositionsflügel um Ehrhart Neubert, sondern der eher linken Berliner Opposition um die Gruppe Gegenstimmen, Friedrichsfelder Friedenskreis angehörte.

Diese Frontstellung prägt auch die Schwerpunktlegung und den Stil des Autors, ohne zu stören. Tatsächlich gelingt Klein eine insgesamt vollständige, chronologisch aufgebaute Darstellung der wichtigsten Akteure der Berliner Opposition, deren Politisierung und deren Handlungen. Dabei beschreibt er Neues, welches er aus eigenem Erleben schöpft oder aus den Akten holt. Die „Gruppe Schult“ wird erstmals breit dargestellt, genauso wie auch einige andere bisher vernachlässigte, eher „linke“ Aktionen. Klein konzentriert sich auf die „großen“ Friedenskreise Berlins und wird bei der Beschreibung derer, denen er selbst angehörte, besonders eingängig. Das ist verzeihlich, liegen doch zum Friedenskreis der Samaritergemeinde, der Umweltbibliothek, der Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM), der Kirche von Unten oder dem Friedenskreis Pankow bereits wissenschaftliche Arbeiten oder Erinnerungen der Beteiligten vor.

Klein setzt auf Kontextualisierung. Jeder Vorgang wird in seine ideologische Bedingtheit oder außenpolitische Abhängigkeit eingebettet. Manchmal zu sehr, was die ansonsten gute Lesbarkeit des Buches beeinträchtigt. Dankenswerterweise klärt Klein die Vernetzungsbemü-

hungen der Berliner Gruppen auf. Ihre Beteiligung an der Ökumenischen Versammlung, an „Frieden konkret“ oder an Ökologienetzwerken stellt er detailliert und in einem angenehm flüssigen Stil dar. Beschreibt er hingegen Vorgänge außerhalb Berlins, kommt es beispielsweise bei der Darstellung der Mobilien Friedensseminare in Mecklenburg oder bei „Frieden konkret I“ zu Fehlern, die ihm bei der Schilderung der Berliner Vorgänge nicht unterlaufen.

Das Buch ist in insgesamt fünf Kapitel aufgegliedert, von denen sich das dritte der Vorstellung der verschiedenen Gruppen, das vierte ihrer Arbeit und das fünfte ihrer Bearbeitung und Ergebnisse widmet. Unabhängig von der regionalen Spezialisierung auf Berlin wird zukünftige Geschichtsschreibung über DDR-Opposition der achtziger Jahre nicht ohne dieses Buch auskommen.

Christoph Wunnicke